Nr. 305. **7. Jahrgang.**

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt") beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Post-katalogs 2795) ohne Bringegeld vierteljährl. M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus.
Verantwortlicher Redaktör: C. Heine in Hamburg.

Sonnabend, den 30. Dezember 1893.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Abonnements-Einladung.

Mit dem Nahen des neuen Quartals wenden wir uns wiederum an das lesende Publikum, speziell an die Arbeiter von Hamburg und Umgegend, sie zu mahnen, ihrer Pflicht eingedenk zu sein und thatkräftig der Presse ihre Unterstützung zu leihen, die für das Interesse der Arbeiter kämpft.

Das **„Hamburger Echo"** steht seit seinem Bestehen für das Recht der Arbeiter auf den Schanzen. In dem Wachsen unseres Leserkreises sehen wir mit Genugthuung die Anerkennung für unser Bestreben, stets unerschrocken die Interessen der Arbeiter auf politischem und wirthschaftlichem Gebiet zu wahren und zu fördern. **Jedoch ist es nicht genug mit Dem, was bisher geschehen ist.** Soll das **„Hamburger Echo"** seine Aufgabe, dem Volke ein Führer und Vorkämpfer zu sein, bis an die Grenzen der Möglichkeit erfüllen, dann muß es noch weit tiefer in die Bevölkerung eindringen, als bisher.

Die geisttödtende Presse, welche unter der Maske der Parteilosigkeit die politische **Urtheilsfähigkeit** der Menge zu unterdrücken sich bemüht, muß aus dem Heim der Arbeiter verschwinden, an ihre Stelle muß in jeder Hütte, in jeder Dachkammer, allüberall wo Arbeiter wohnen, das **„Hamburger Echo"** treten, das in unerschütterlicher Prinzipientreue stets für die Arbeiter eingetreten ist und ferner eintreten wird.

Heute, wo die Sozialdemokratie unbestritten den Mittelpunkt aller politischen Ereignisse bildet, kann dem Arbeiter nur die Lektüre einer Zeitung frommen welche, wie das **„Hamburger Echo"**, alle politischen Fragen vom streng sozialdemokratischen Standpunkt behandelt, welche den tiefgreifenden wirthschaftlichen Kämpfen der Gegenwart ständig die weitgehendste Aufmerksamkeit widmet und allen das öffentliche Interesse bewegenden Erscheinungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Kunst, der Literatur eine vom Standpunkte des uneingeschränkten Rechtes freier vorurtheilsloser Forschung ausgehende Behandlung angedeihen läßt.

Das hat sich das **„Hamburger Echo"** immer zur Aufgabe gestellt und wir glauben, sie auch stets nach besten Kräften erfüllt zu haben. Wie bisher wird es auch in Zukunft unser Bestreben sein, den Inhalt unseres Blattes immer reichhaltiger zu gestalten, Vieles zu bringen, um Jedem etwas zu bieten.

Das **„Hamburger Echo"** muß, den Zeitverhältnissen entsprechend, naturgemäß zunächst Kampforgan sein, weil heute mehr als je der Kampf zwischen Kapital und Arbeit auf politischem und wirthschaftlichem Gebiete die Welt erfüllt, alle anderen Fragen von Tag zu Tag mehr sich um diesen großen weltbewegenden Kampf gruppiren. Darüber soll und wird jedoch nicht versäumt werden, die Mußestunden der Leser durch gesunde anregende Lektüre ausfüllen zu helfen. Arbeiten aus den verschiedensten Fächern der Wissenschaft und inhaltreiche belletristische Werke werden den Lesern in reicher Abwechslung geboten werden. Speziell für die nächste Zeit wird das Feuilleton des **„Hamburger Echo"** seinen Lesern in dem großen sozialen Roman

„Helene",

von der beliebten Schriftstellerin Minna Kautsky, ein Werk von hohem Interesse, beruhend auf eingehender Kenntniß der sozialen Verhältnisse, bieten. Der bis Neujahr erschienene Theil des Romans wird den neu hinzutretenden Abonnenten gratis nachgeliefert. Weitere gesunde und anregende belletristische Arbeiten werden sich anschließen. Für das Unterhaltungsbedürfniß der Leser sorgt im Weiteren die illustrirte Unterhaltungsbeilage

„Die Neue Welt",

welche allen Lesern des „Echo" gratis geliefert wird

So wird das **„Hamburger Echo"** sich ernsthaft bemühen, jedem Bedürfniß gerecht zu werden. Seine Pionierarbeit wird aber erst dann von vollem Erfolge sein können, wenn es in allen Schichten der Arbeiterbevölkerung die **thatkräftigste Unterstützung** findet. **In keinem Arbeiterheim darf in Zukunft das „Hamburger Echo" fehlen.** Jeder Genosse, jeder Leser muß es sich zur Pflicht machen, ihm da, wo es heute noch fehlt, Eingang zu verschaffen.

Jeder agitire kräftig für das „Hamburger Echo"!

Der Abonnementspreis des „Hamburger Echo" beträgt (einschließlich des Unterhaltungsblattes „Die Neue Welt") **36 Pfennig** pro Woche und wird dafür von den Kolportören frei in's Haus geliefert. Das Abonnement bei der Post kostet vierteljährlich **M. 4,20** ohne Bringegeld. Das „Hamburger Echo" ist unter Nr. 2795 im Postzeitungskatalog eingetragen.

Unsere Postabonnenten ersuchen wir besonders, das Abonnement rechtzeitig (mindestens 3 Tage vor dem Quartalsschluß) zu erneuern, um unliebsame Verzögerungen in der Zustellung zu vermeiden.

Die Redaktion und Expedition des „Hamburger Echo".

Verkehrsreformen in Württemberg.

* Die württembergische Bevölkerung ist auch Weihnachten seitens der Verkehrsverwaltung mit einer erfreulichen Bescheerung überrascht worden, nämlich mit verschiedenen Reformen im Eisenbahn- und Postwesen, die den Personen- und Güterverkehr erheblich verbilligen und erleichtern. Schon fängt man an, das Schwabenland um seine zeitgemäß gesinnte Verwaltung des Verkehrswesens zu beneiden; in Preußen aber blickt man mit scheelen Augen auf das schwäbische Bethlehem, das sich herausnimmt, selbstständig einige Schritte in der Kultur vorwärts zu machen, während der große Hans Preußen allerdings auch manche Reformen eingeführt hat, aber eben Reformen nach rückwärts. So schrieb ein sonst sehr loyales und preußenfreundliches Blatt: „Dies ist eine wirkliche Eisenbahnreform, eingegeben von der Erkenntniß, daß wir wirklich im Zeitalter des Verkehrs stehen. Auch in Preußen wird innerhalb des Ressorts der Eisenbahnen viel „reformirt", aber diese Reformen laufen nur auf eine Beschränkung des Verkehrs und fiskalische Vermehrung der Einnahmen hinaus; man denke beispielsweise nur an die auf allen preußischen Bahnhöfen durchgeführte Perronsperre."

Die Büreaukratie, am Neckar wie an der Spree, ist sonst durchaus nicht sehr reformlustig; wie der Schlossergeselle im Volksliede, „der hat so langsam g'feilt, doch wenn er zu Mittag g'fressen hat, da hat er alleweil g'eilt", so pflegt sie an wirklichen Reformen sehr langsam zu feilen und muß dazu erst von der öffentlichen Meinung kräftig angestoßen werden, wogegen sie für reaktionäre Aenderungen viel leichter zu haben ist. Verknöcherung ist ihr Prinzip und quieta non movere (was ruht, lasse man ruhen) ihre Devise. Wenn also plötzlich in Herrn Mittnacht, den württembergischen Kabinetschef und Verkehrsminister, in seinen alten Tagen ein solcher Reformgeist gefahren ist, so hat das etwas zu bedeuten und „läßt tief blicken". Man geht gewiß nicht fehl, wenn man diese sensationellen Neuerungen mit dem noch immer mysteriösen Fall Moser und den Gerüchten über eine geplante Militärkonvention in Zusammenhang bringt. Es ist ein Streich des alten Diplomaten Mittnacht, der seine Spitze nach Berlin kehrt. Wenn ein demokratisches Blatt zu den Reformen schreibt: „Wirthschaftlich sehen wir in ihnen ein erfreuliches Zeichen, daß man sich in den leitenden Kreisen anschickt, aus der traurigen Stagnation unserer Eisenbahnverhältnisse heraus zu kommen; politisch aber wirkt die Empfindung außerordentlich wohlthuend, daß unsere Landesregierung Selbstständigkeitsgefühl genug besitzt, um in bedeutenden wirthschaftlichen Fragen von sich aus Hand anzulegen und nicht erst preußische Rathschläge einzuholen; bei jedem besonnenen Schritt, den sie in dieser Richtung macht, hat sie das württembergische Volk hinter sich." so ist diese Auffassung insoweit gewiß zutreffend, als sie in den Verkehrsreformen das wiedererwachte Selbstständigkeitsgefühl wittert; denn nur zu oft hatte man in Schwaben seit der Reichsgründung Veranlassung, die Wahrheit des Wortes von Ludwig Pfau: „Preußische Beispiele verderben schwäbische Sitten" bitter zu beklagen. Um aber dieses Selbstständigkeitsgefühl anzufachen und aufzustacheln, dazu bedurfte es jener hinter den Kulissen sich abspielenden Friktionen, deren offizieller Niederschlag die vielbesprochene Demission Mosers und das Dementi des „Reichsanzeigers" in Betreff der Militärkonvention ist, worüber die „Köln. Volkszeitung" sehr gut bemerkt: „Wir haben den Eindruck, daß an der Aenderung der Militärkonvention doch etwas war, daß aber die württembergischen Trauben sich für Berlin noch zu sauer zeigten."

Im Uebrigen kümmern wir uns um den Kabinetsklatsch, der seit dem Fall Moser kursirt, so wenig, wie um irgendwelchen Hofklatsch, und wollen nur das nicht unglaubhafte Gerücht registriren, wonach neben den Herbstmanövern auch die Weinsteuer eine Verschnupfung zwischen Stuttgart und Berlin herbeigeführt haben soll.

Wenn nun aber preußische Blätter das partikularistische Gespenst an die Wand malen und in „nationale" Wallungen darüber gerathen, so haben sie nur insoweit richtig gesehen, als in der That in Württemberg wie in Süddeutschland überhaupt die Antipathie gegen Preußen sich neuerdings wieder recht lebhaft äußert. Diese Antipathie richtet sich aber nicht sowohl gegen die Reichseinheit oder gegen das preußische Volk, als vielmehr gegen die preußische Reaktion, den Junkergeist, den Militarismus, den Polizeigeist, die Rücksichtslosigkeiten und Brutalitäten gegenüber dem Volk, seinen Interessen, seinem Rechtsbewußtsein und Freiheitsgefühl. Alle jene Bescheerungen, die aus der reaktionären Pandorabüchse des neuen Reichs hervorgekommen sind, gelten dem süddeutschen resp. württembergischen Volke als spezifisch preußisch, und gewiß nicht ganz mit Unrecht. Jene Ungeheuerlichkeiten der Klassenjustiz, jene Kasernenrohheiten und Polizeibrutalitäten, die junkerliche Arroganz und Anmaßung und der militärische Kastengeist, das Hintansetzen aller höheren Kulturaufgaben um des Militarismus willen, die büreaukratische Mißachtung der Volksstimmen und last not least gewisse verblüffende Kundgebungen des monarchischen Absolutismus — dergleichen kam und kommt sporadisch wohl auch anderswo vor, so häufig und ungenirt aber, wie solches unter der preußischen Hegemonie erlebt wurde, wenigstens in Schwaben nicht, einem Lande, das eine Verfassung hatte, als in Preußen dieses Möbel noch ganz unbekannt war. Man kann sich daher nicht wundern, wenn die württembergische Bevölkerung in allen diesen reaktionären Dingen das „preußische System" erblickt. Der erwachte „Partikularismus" ist darum ein erfreuliches Zeichen, daß man das Joch der Reaktion abzuschütteln beginnt.

Von der Weltbühne.

Den eigentlichen Zweck der Miquel'schen „Reichsfinanzreform" verräth die „Post" sehr offenherzig. Sie bezeichnet als solchen, daß davon eine „festere finanzielle Fundamentirung des Reiches und des Staats und damit eine größere Unabhängigkeit der Krone von den Parlamenten zu erwarten ist". Also Beschränkung der Rechte der Volksvertretung zu Gunsten der Krone, Entwicklung in der Richtung zum Absolutismus! Volk, merkst Du was?

Die Quittungs- und Frachtbriefstempelsteuer betreffend erhält der „Westfälische Merkur" aus Billerbeck eine Zuschrift, aus der zugleich hervorgeht, wie dadurch auch die Landwirthschaft in Mitleidenschaft gezogen wird. Die Zuschrift lautet: „Wie ungleich wirkend und wie schwer schädigend die in Aussicht gestellte Quittungs- und Frachtbriefsteuer für einzelne Geschäftszweige sein wird, davon hier ein Beispiel. Die hiesige Molkerei hat in diesem Jahre monatlich zirka 400 Zahlungen von M. 20 bis M. 500 gegen Quittung geleistet; ferner werden täglich ungefähr 20 Frachtbriefe für den Versand von Milch, Butter und Käse, dessen Frachtkosten gewöhnlich M. 1 bis 5 betragen, verwandt. Es würde mithin, wenn die fragliche Steuer eingeführt werden sollte, die Molkerei um jährlich ungefähr M. 1300 geschädigt werden. Ein mir bekanntes größeres Fabrikgeschäft dagegen, welches seine Fabrikate fast nur in ganzen Ladungen versendet, würde wohl kaum M. 100 Stempelsteuer zu tragen haben. Vor einigen Jahren zahlte die hiesige Molkerei-Gesellschaft M. 48 Gewerbesteuer, heute dagegen an Gewerbe-, Einkommen- und Kommunalsteuern, Beiträgen zur Berufsgenossenschaft, Krankenkasse, Alters- und Invalidenversicherung u. s. w. ungefähr M. 1100. Wenn man nun noch bedenkt, daß die Landwirthe ohnehin schon doppelt besteuert sind und also hier, wo sie ihre Produkte gemeinschaftlich verarbeiten und verkaufen, nochmals einer schwer drückenden Steuer unterworfen werden sollen, so wird doch der gute Zweck der Gesetzgebung über Genossenschaften, speziell der landwirthschaftlichen Genossenschaften, sehr vereitelt." — Bekanntlich hat der Reichskanzler Graf Caprivi vor Annahme der Militärvorlage die Versicherung abgegeben, daß die landwirthschaftlichen Gewerbe, zu denen doch unzweifelhaft auch die Molkerei gehört, zu den neuen Steuern nicht herangezogen werden sollen.

Die böse Stimmung, welche das Miquel'sche Weinsteuerprojekt in Winzerkreisen hervorgerufen hat, kommt in folgender dem „Echo der Gegenwart" aus Rüdesheim zugegangenen Zuschrift recht deutlich zum Ausdruck: „Da war kein guter Geist sein Berather, als er — der preußische Finanzminister nämlich — auf der Suche nach neuen Steuern den armen, ohnehin gedrückten Winzer auch noch mit einer Weinsteuer zu belegen gedachte. Das wäre beiläufig schon die vierte Besteuerung des nämlichen Objekts: Grundsteuer, Einkommensteuer, Kommissionssteuer und Weinsteuer, ein „hübsches Vierblatt", nicht wahr? Da gilt auch das Wort: „Allzuviel ist ungesund". Die Regierung muß alle Fühlung mit dem nothleidenden Volke verloren haben, sonst hätte sie eine solche Vorlage gar nicht einbringen können. An Sympathie hat die Regierung bei der schwer bedrängten Bevölkerung der weinbautreibenden Gegenden dadurch sicherlich nicht gewonnen. Wer die Lage des Winzerstandes kennt, wird sagen: „Nicht abermalige Belastung, sondern Staatshülfe für diese Gegenden!" Es ist mir stets als ein Erkennungszeichen des guten Sinnes, welcher in unserer ländlichen Bevölkerung herrscht, vorgekommen, daß unseren Winzern bei aller Noth der langen Mißjahre kaum ein Wort der Klage entschlüpfte, sondern daß sie mit Vertrauen auf Besserung hofft von einem Jahre in's andere. Selbst die schwere Heimsuchung durch die Reblaus und die Reblauskommissionen hat unser Volk durchgemacht, ohne auffässig zu werden oder zu Exzessen sich hinreißen zu lassen. Hätte die angedrohte Weinsteuer, deren Fall wir nunmehr als sicher annehmen, nichts Anderes bewirkt als die Grabesstille im Weingeschäft, der Verlust für die Winzer wäre sicher schon groß genug. In früheren Jahren kauften die Unterhändler einen großen Theil der Kreszenz vom Stock oder von der Kelter hinweg. In diesem Jahre sitzt der durchweg verschuldete Winzer [illegible] bei seinem geringen, aber qualitativ vorzüglichen Ernteertrag. Kein Kaufliebhaber erscheint, oder wenn der Jude kommt (Nur der Jude? Red. d. „Echo".), bietet er einen Spottpreis. Der Schaden, den das unselige Projekt der Weinsteuer angerichtet hat, ist enorm. Besonders hart werden auch die Geistlichen betroffen, deren Einkommen meist aus den Weinbergen kommt. Wir können nach alledem die feste Erwartung hegen, daß unsere Abgeordneten der Weinsteuer ein promptes und stilles Begräbniß bereiten werden."

Unter den Tabakbauern regt sich die Agitation gegen die neue Tabaksteuer immer schärfer. Am 27. d. M. haben in einer Versammlung in Speier, die auf Anregung des Komites der pfälzischen Tabakbauern einberufen war, die Bürgermeister und Delegirten der am meisten am Tabakbau interessirten Gemeinden Hessens, Badens und der Pfalz einstimmig gegen den Tabaksteuergesetzentwurf Stellung genommen. Auch Herr Lucke-Patershausen, der Vorsitzende der hessischen Abtheilung des Bundes der Landwirthe, hat die offizielle Erklärung abgegeben, daß sämmtliche Mitglieder der wirthschaftlichen Vereinigung im Reichstage unter allen Umständen gegen den Gesetzentwurf votiren würden, weil er den inländischen Tabakbau nicht genügend schütze. Bei allen Reichstagsabgeordneten, insbesondere bei den Vertretern der tabakbauenden Wahlkreise, soll unverzüglich und mit aller Energie dahingewirkt werden, daß die Interessen der Inlandsproduktion besser als bisher gewahrt werden. Ein Komite wurde beauftragt, nöthigenfalls Massenkundgebungen zu veranstalten.

Zum Antrag Gröber, Hitze und Genossen, betreffend die Beschränkung des Buchhandels, bringt das „Korrespondenzblatt" des Berliner Agitationskomites eine lehrreiche Zusammenstellung, die zeigt, welchen Umfang die von den Zentrumsabgeordneten geplante Schädigung des Buchhandels annehmen kann. Nach der Veröffentlichung im Jahresberichte der Leipziger Handelskammer betrug die Jahresproduktion:

	1891:	1892:
1) Allgemeine Bibliographie, Bibliothekswesen, Enzyklopädien, Gesammtwerke, Sammelwerke, Schriften gelehrter Gesellschaften, Universitätswesen	277	281
2) Theologie	2 174	2 201
3) Rechts- und Staatswissenschaft	1 901	2 323
4) Heilwissenschaft	1 646	1 828
5) Naturwissenschaften, Mathematik	1 201	1 324
6) Philosophie	210	226
7) Erziehung und Unterricht, Jugendschriften	3 023	3 116
8) Sprach- und Literaturwissenschaft ...	1 392	1 593
9) Geschichte	1 001	1 007
10) Erdbeschreibung	1 030	852
11) Kriegswissenschaft	476	563
12) Handel und Gewerbe	1 099	1 178
13) Bau- und Ingeniörwissenschaft	604	651
14) Haus-, Land- und Forstwirthschaft ..	808	830
15) Schöne Literatur	1 792	1 866
16) Kunst	1 196	1 266
17) Volksschriften und Vermischtes	1 449	1 330
Summa ...	21 279	22 435

Wie die Zahl der Volksschriften von 1449 auf 1330 zurückgegangen ist, so auch die Zahl der eigentlichen Kolportageromane, die von den Freunden des Zentrumsantrages zur Unterstützung der kulturfeindlichen Tendenzen des Antrages immer herangezogen werden. Die Zahl der Neuerscheinungen dieser Romane betrug im letzten Jahre nur 16. Gegen 21—22 000 Novitäten eine wahrhaft verschwindende Zahl!

In Wirklichkeit bilden die Kolportage-Romane für die Finsterlinge des Zentrums auch nur den Vorwand. Sie wollen verhindern, daß die Aufklärung in's Volk hineindringt. Nur in geistiger Nacht blüht der Weizen jener Gesellschaft.

Ueber die Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit in gewerblichen Anlagen berichten die offiziösen „Berl. Pol. Nachr.": Der dem Bundesrath zugegangene Gesetzentwurf bezieht sich namentlich auf die Montan-Industrie, worüber Konferenzen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Berlin stattgefunden haben. Der Entwurf stellt Ausnahmen für die Bergwerke, Gruben, Salinen und Hochöfen fest.

Was die Bergwerke und Gruben anbelangt, so soll bei der Erdölgewinnung aus Bohrlöchern der ununterbrochene Betrieb der Pumpwerke, sowie bei den Springölquellen das ununterbrochene Aufsammeln des Oels und dessen Transport zu den Sammelbehältern fortdauern; ebenso bei Salinen der ununterbrochene Betrieb der Pumpwerke und der Gradirwerke, ferner der Siedereien, bei letzteren jedoch nicht während des Weihnachts-, Oster- und Pfingstfestes; schließlich ebenfalls bei den Hochöfen-Arbeitern, den Kesselwärtern, Heizern, Führern, Maschinisten, Schmelzern und Gießapparat-Arbeitern. Die Zufuhr der Rohstoffe zu den Oefen, die Verarbeitung der Schlacken, die Verladung der Abfuhrprodukte, die Entladung, das Verschieben von Eisenbahnwagen ist nur für die Dauer von 5 Stunden gestattet. Außer für die genannten Betriebsgattungen sind Ausnahmen vorgesehen für Erzrostwerke, mit Hüttenwerken verbunden; für Rostofenbetrieb; Verkokungs- und Steinkohlen-Destillationsanstalten; für Metall-Hüttenwerke, welche Blei, Silber, Kupfer, Zink, Nickel, Kobalt, Antimon, Wismuth, Arsen, Zinn 2c. gewinnen, sowie der für Bessemer- und Thomas-Stahlwerke, Martinstiegel-Gußstahlwerke, Puddelwerke und zugehörige Walzwerke, sowie Hochöfen-Gießereien.

Da würde die Sonntagsruhe für die Montan-Industrie also fast so gut wie aufgehoben sein. Nach dem „sachverständigen" Gutachten der kapitalistischen Besitzer und der von ihnen benannten Arbeiter war das vorauszusehen.

Eine scharfe Verurtheilung des Militarismus findet sich in einer Rede, die der Fürst Karl Löwenstein dieser Tage gelegentlich der Berathung des Militäretats in der baierischen Reichsrathskammer hielt. Er sagte:

„Wenn auch mit schwerem Herzen, werde ich mich der Nothwendigkeit fügen, dem Etat der Militärverwaltung zuzustimmen, dessen übergroße Last unzweifelhaft eine Schädigung des nationalen Wohlstandes mit sich bringt, und einen Zustand, der auf die Dauer unerträglich wird. Die Lage ist um so trauriger, als keine Sicherheit gegeben werden kann, daß nicht durch den Wettlauf der Nationen in den Kriegsrüstungen noch größere Anforderungen wieder an uns herantreten werden. Schließlich wird das Ende doch der Weltbrand sein, vielleicht nach völliger Erschöpfung unserer materiellen Kräfte. Ich sehe kein anderes Mittel der Rettung aus dieser Lage, als die Errichtung eines internationalen Schiedsrichteramtes. Wohl sind im Laufe dieses Jahrhunderts über 50 Fälle von Streitigkeiten zwischen Staaten durch schiedsrichterlichen Spruch geschlichtet worden, stets aber nur durch freies Uebereinkommen von Fall zu Fall. Zum Abschluß der politischen Weltordnung, zur Ermöglichung der Abrüstung und zum Heil der Völker bedarf es eines ständigen, völkerrechtlich anerkannten Welt-Schiedsrichteramtes, dessen Urtheil sich zu fügen streitende Staaten verpflichtet sind.

„Der Riesenkampf und Sieg des Jahres 1870/71, ein Sieg, wie er in der Weltgeschichte noch nicht da war, er hat uns keinen sicheren, keinen dauernden Frieden gebracht, sondern die drückende und bedrohte Lage, die wir beklagen. Ebenso wird ein neuer Weltbrand keine Aera des Friedens und der Sicherheit und Ruhe inauguriren, wenn nicht vorher schon ein internationales Schiedsgericht, wenigstens von dem Kern Europas, beschlossen und eingesetzt ist. Dann würden Krieg und Sieg der Weg werden zum segensreichen, friedengewährenden Abschluß der internationalen Organisation der politischen Welt."

Daß Fürst Löwenstein den Papst für die geeignetste Person hält, dem Welt-Schiedsrichteramte vorzustehen, sei nur nebenbei erwähnt. Für uns ist das von sehr untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des Militarismus in immer weitere Kreise dringt. Damit aber wird immer mehr eine der Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung preisgegeben.

Die Herren Agrarier sind von einer fast beneidenswerthen Unverfrorenheit. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe Herr v. Plötz, verlangt in einer von ihm erlassenen Erklärung scheinbar ganz ernsthaft, daß die Reichsregierung den Vertrag mit Rußland dem Reichstage überhaupt nicht vorlegen solle. An diese Möglichkeit, daß die Regierung einen nach jahrelangen Verhandlungen endlich zu Stande gekommenen Vertrag aus Furcht vor der agrarischen Agitation einfach unter den Tisch fallen lasse, kann der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, obwohl man ihm viel zutrauen darf, doch selbst nicht glauben. Dieser Vertrag wird jetzt einfach benutzt, um, entsprechend der Generalparole des Schreiens um jeden Preis, die allgemeine Unzufriedenheit unter den Landwirthen zu schüren. Herr v. Plötz schreibt in seiner Erklärung:

„Zahllose Briefe kleiner und mittlerer Landwirthe sprechen es aus, daß die Noth auf dem Lande den höchsten Grad erreicht hat, daß Unzufriedenheit und Verzweiflung die natürliche Folge sind! Der Bauer begreift nicht, wie es möglich ist, daß schier gewaltsam die Fundamente für Thron und Vaterland unterwühlt werden. Er fragt: „Wohin soll das führen — soll denn durchaus die Sozialdemokratie triumphiren? Man führt ihr ja gewaltsam neue Anhänger zu — weshalb will man denn die sprichwörtliche Ruhe und Treue des Bauern auf eine so harte Probe stellen?"

Also Verzweiflung auf dem höchsten Gipfel, Untergrabung der Fundamente von Thron und Vaterland, Triumph der Sozialdemokratie unter den Bauern und das Alles deshalb — weil die allen Staaten gewährten Getreidezölle von M. 3,50 pro Doppelzentner auch Rußland gewährt werden sollen. Denn das ist der ganze die Landwirthschaft berührende Kern des Handelsvertrages mit Rußland. Da muß die Treue für Thron und Vaterland auf sehr schwachen Füßen stehen.

Jedes Mittel ist der agrarischen Agitation recht, um für ihre Sonderzwecke zu wirken. Nichts ist dumm genug, daß es nicht Verwendung fände. Selbst die Resultate der letzten Viehzählung müssen dazu dienen. In seiner in der „Kreuzztg." erlassenen Erklärung behauptet der Häuptling des Bundes der Landwirthe, Herr von Plötz, ganz ungenirt: „Welche erschreckenden Zahlen brachte die letzte Viehzählung, welche riesigen Verluste bedeuten dieselben für die Landwirthschaft?"

In Wirklichkeit beweist die Viehzählung, wie wir schon in der Sonntagsnummer hervorhoben, das direkte Gegentheil. Sie lehrt, daß der deutsche Viehbestand nach der Zählung vom 1. Dezember 1892, verglichen mit dem Viehbestand von 1883, einen um 792 Millionen Mark höheren Verkaufswerth besaß. Statt des „riesigen Verlustes" des Herrn v. Plötz also ein riesiger Gewinn für die Landwirthschaft. Der Mehrwerth bedeutet eine Steigerung des Verkaufswerths des Viehbestandes gegen 1883 um 14 pZt. (von 5534 Millionen Mark). Von dem Mehrwerth entfielen auf die Pferde 202 Millionen Mark, auf das Rindvieh 471 Millionen Mark, auf die Schweine 208 Millionen Mark. Diesem Mehrwerthe von 881 Mill. Mark steht ein Minderwerth nur bei den Schafen von 89 Millionen gegenüber. Der Rückgang der Schafzucht ist in allen Ländern die natürliche Folge grade der gesteigerten landwirthschaftlichen Kultur und der intensiveren Bewirthschaftung. Die Landwirthschaft wird dafür entschädigt durch die Zunahme insbesondere der Rindviehzucht und der Schweinezucht. Das Rindvieh hat sich von 15 786 464 auf 17 555 818 Stück vermehrt, die Zahl der Schweine ist gewachsen von 9 206 195 auf 12 174 513, die Zahl der Pferde von 3 522 545 auf 3 836 346 Stück. Nur die Zahl der Schafe war zurückgegangen von 19 189 715 auf 13 589 759 Stück.

Das Bezeichnendste ist, daß die Agrarierhäuptlinge nicht einmal die ungeheure Blamage fürchten, welcher sie sich durch ihre unverfrorenen Behauptungen aussetzen.

Der Niedergang der Konsumfähigkeit des Volkes erfährt durch folgende Zahlen eine Beleuchtung. Die Isteinnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern im deutschen Reiche hat für die Zeit vom April bis Ende November d. J. 384,6 Millionen oder 31,7 Millionen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Von dem Minus sind allerdings 18,1 Millionen rechnerischer Natur, weil sie auf die Zuckermaterialsteuer entfallen. Im Uebrigen weisen die Zölle ein Weniger von 32,4, die Branntweinmaterialsteuer ein solches von 2,2 Millionen auf; dagegen haben die Zuckersteuer ein Mehr von 15,5 und die Branntweinverbrauchsabgabe von 4,3 Millionen ergeben. Was die übrigen Einnahmen betrifft, so hat die Börsensteuer ein Weniger von über ½ Million erbracht. Die Postverwaltung weist jedoch ein Mehr von 7,5 und die Eisenbahnverwaltung von 1,9 Millionen auf.

Eine „Sünde gegen die Ordnung" sollte der Mülhauser Staatsanwalt dadurch begangen haben, daß er dem Abgeordneten Bueb zwecks Theilnahme an den Reichstagsverhandlungen Strafaufschub gewährte. Die „Ordnungspresse", vorweg die nationalliberale, fiel wüthend über den Mann her. Na, jetzt hat er seine „Sünde" wieder gut gemacht, indem er, wie schon mitgetheilt, Bueb nach dessen Rückkehr von Berlin zum sofortigen Strafantritt aufforderte. Darüber bekunden nationalliberale Blätter helle Freude. So schreibt der „Hannoversche Courier":

„Auf Grund der Abgeordnetenprivilegien kann für die Mitglieder des Reichstages die Entlassung aus einer bereits angetretenen Strafhaft nicht gefordert werden. Es kann aber jedem Gefangenen, wenn nach dem Ermessen der zuständigen Behörde ausreichende Gründe vorliegen, von dieser ein Urlaub ertheilt werden, und das ist denn auch bei Herrn Bueb geschehen. Der Gedanke, daß auch einem Abgeordneten zur Ausübung seines Mandates solcher Urlaub ertheilt werde, mag ja nun zunächst sympathisch berühren. Es sprechen aber zwei wesentliche Gründe dagegen. Zunächst ist diese — jeder Zeit widerrufbare — Urlaubsertheilung, die nach dem Ermessen der Gefängnißbehörde erfolgt, nicht verträglich mit der Stellung eines Abgeordneten; dann aber würde dadurch bei der Ausdehnung der Sessionen ein strafgrichtliches Vorgehen gegen Abgeordnete überhaupt ziemlich illusorisch werden, zumal da bekanntlich auf Grund verfassungsmäßigen Rechtes der Parlamente auch die Einstellung des Untersuchungsverfahrens gegen Abgeordnete während der Tagung gefordert werden kann und stets gefordert wird. — Die Einladung an den Abgeordneten Bueb, in das Gefängniß zurückzukehren, zeigt wohl, daß man die bisherige Praxis beibehalten will; auch der Mülhauser Staatsanwalt wird davon in Zukunft nicht mehr abweichen."

Diese Ausführungen zeigen auf's Neue, wie nothwendig die gesetzliche Sicherstellung der Abgeordneten-Immunität speziell gegenüber der Staatsanwaltschaft ist. Der Mülhauser Staatsanwalt wird's „nicht wieder thun"! Es wäre ja auch höchst bedenklich gewesen für das „Ansehen der Justiz", wenn er weiterhin gewährt hätte, was die Hamburger Staaatsanwaltschaft den Abgeordneten Metzger und Stadthagen nicht gewähren wollte. So hat doch kein Staatsanwalt dem anderen „etwas vorzuwerfen".

Eine sozialdemokratische Parteikonferenz für den Wahlkreis Höchst-Homburg 2c. fand am 24. Dezember in Rödelheim statt. Erschienen waren 25 Delegirte und 13 Vertrauensmänner. Dem Bericht des Kreis-Vertrauensmannes zufolge muß den Genossen des Kreises das Zeugniß ausgestellt werden, daß sie eifrigst bemüht waren, das Ihrige zur Verbreitung unserer Ideen beizutragen. So wurden gegen die Militärvorlage im Kreise allein 100 000, bei der Reichstagswahl 120 000 Flugblätter verbreitet. In zwei Orten wurden im Laufe des Jahres neue Wahlvereine gegründet. Dem Kassenbericht entnehmen wir, daß die Ausgaben des Kreises, ungerechnet M. 2136,19, welche insgesammt für die letzte Reichstagswahl ausgegeben wurden, M. 1871,22 für Agitationszwecke betrugen. Der Kassenbestand beträgt, ohne die Außenstände, M. 117,90. — Alle Delegirten hoben in ihrem Berichte hervor, daß die Wirthe, meist natürlich beeinflußt durch die Polizei, nur sehr schwer ihre Lokale zu Versammlungen hergeben. Zur Landagitation wurde Folgendes beschlossen:

In allen Ortschaften, wo Organisationen bestehen, sollen Agitations-Kommissionen gewählt werden, denen vom Kreis-Vertrauensmann verschiedene Ortschaften zugewiesen werden, die von den Kommissionen zu bearbeiten sind.

In Bezug auf Wahlen von Delegirten zu Kongressen und Parteitagen wurde Folgendes bestimmt:

Bei allen im 1. nassauischen Wahlkreis stattfindenden Delegirtenwahlen, betreffend die Vertretung des Kreises auf irgend welchem sozialistischen Kongreß, soll folgender Wahlmodus eingeführt werden: Diejenigen Orte, welche bei der letzten Reichstagswahl am 15. Juni d. J. bis zu 200 Stimmen abgaben, entsenden einen Delegirten, bis zu 500 zwei und über 500 drei Delegirte zu einer eigens dazu anberaumten Parteikonferenz, worin die so von jedem Ort entsendeten Delegirten in engerer Wahl einen im Kreis thätigen Genossen bestimmen, welcher als Vertreter desselben einen bestimmten Kongreß besucht.

Nachdem noch die nöthigen Kommissionen gewählt worden waren, schloß die Konferenz mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Gemeindewahlen. Bei den Bürgerausschußwahlen in Lörrach siegten in der dritten Klasse acht Sozialdemokraten. — Bei den Gemeinderathswahlen in Salzungen brachten unsere Parteigenossen ihre zwei Kandidaten mit großer Majorität durch. Die Betheiligung an der Wahl war eine sehr rege, denn es übten von 467 Wahlberechtigten 433 ihr Wahlrecht aus. — Auch im Rathhaus zu Rödelheim wird man nunmehr zwei Vertretern der Arbeiterpartei einen Platz einräumen müssen. Die Genossen Wächter und Kahl sind bei der letzten Wahl der dritten Abtheilung für die Stadtverordneten-Versammlung gewählt worden.

Neue Millionen für Südwestafrika verlangen unsere Kolonialschwärmer. Die fromme „Kreuzztg." führt für die Kolonialbegeisterten das Wort. Sie sagt in einem diesbezüglichen Artikel u. A.:

„... Weit beunruhigender ist freilich Alles, was wir aus Südwestafrika hören. Dem Major von François ist Alles bewilligt worden, was er verlangte, und man war danach doch wohl berechtigt, anzunehmen, daß er nun endlich den schmachvollen Zuständen ein Ende bereiten werde, die unsere Kolonie schutzlos den Launen und der Beutegier eines hottentottischen Räuberhauptmanns preisgaben. Statt dessen stehen wir nach wie vor Gewehr bei Fuß, und Hendrik Witboi treibt sein Wesen frecher und rücksichtsloser als je zuvor.